

Parlamentarischer Vorstoss

Vorstoss-Nr.: 127-2016
Vorstossart: Motion
Richtlinienmotion:
Geschäftsnummer: 2016.RRGR.621

Eingereicht am: 07.06.2016

Fraktionsvorstoss: Nein
Kommissionsvorstoss: Nein
Eingereicht von: Augstburger (Gerzensee, SVP) (Sprecher/in)
Brönnimann (Mittelhäusern, glp)
Pfister (Zweisimmen, FDP)
Oester (Belp, EDU)
Schneider (Diessbach b. Büren, SVP)
Fischer (Meiringen, SVP)
Löffel-Wenger (Münchenbuchsee, EVP)

Weitere Unterschriften: 42

Dringlichkeit verlangt: Nein
Dringlichkeit gewährt:

RRB-Nr.: vom
Direktion: Erziehungsdirektion
Klassifizierung: Nicht klassifiziert
Antrag Regierungsrat:



Berufsbildung stärken und Hochschulausbildung wirksam steuern

Der Regierungsrat wird beauftragt, für faire Rahmenbedingungen und gleich lange Spiesse für die Berufsbildung sowie einen zielorientierten Mitteleinsatz im Bildungsbereich zu sorgen, indem

1. die Studiengebühren an der Universität erhöht werden
2. die Studiengebühren progressiv ausgestaltet werden, indem sich die Gebühren nach Ablauf der doppelten Norm-Studienzeit erhöhen bzw. verdoppeln
3. für ein Zweitstudium ebenfalls höhere Gebühren festgelegt werden

Begründung:

Bei der Berufswahl und der entsprechenden Ausbildung sollten nicht kurzfristige finanzielle Überlegungen im Vordergrund stehen, sondern die Eignung und die Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Dies trifft insbesondere auf den Kanton Bern zu, da dieser sich hier im unteren Bereich bewegt, was die durchschnittlichen Studienkosten anbelangt.

Die finanziellen Anreize für den akademischen Bildungsweg stammen aus einer längst vergangenen Zeit, als das Studium Kindern aus privilegierten Familien vorbehalten war und es noch keine Normstudienzeiten gab. Die gesellschaftliche und wirtschaftliche Situation ist heute eine andere. Viele entscheiden sich für ein Hochschulstudium, weil es kurzfristig der einfachste und günstigste Weg ist, zu einer Ausbildung zu gelangen. Der Weg über die Berufsbildung droht zur zweiten Wahl zu werden, zumal Weiterbildungen auf dem Berufsweg mit hohen Kosten verbunden sind. So gerät das an sich bewährte duale Bildungssystem unter Druck. Während die Durchlässigkeit des Systems von der Berufsausbildung an die Universität funktioniert, ist der Weg eines ausgebildeten Akademikers ohne Arbeitserfahrung in einen praktischen Beruf schwierig, da es an Praxis fehlt und die Betriebe es sich aus Effizienzgründen nicht mehr leisten können, Mitarbeiter erst längere Zeit einarbeiten zu müssen. Umso mehr wenn diese aufgrund ihres Studiums auch noch höhere Löhne verlangen.

Unternehmen brauchen, wenn man von staatlichen und staatsnahen Betrieben, wo ein grosser Teil der Geistes- und Sozialwissenschaftler ein Auskommen finden, absieht, gut und praxisnah ausgebildete Fachkräfte, keine Allrounder, die vertieftes fachliches Wissen erst erwerben müssen. Immer häufiger erscheint es attraktiver, Semester an Semester und Studienrichtung an Studienrichtung zu hängen als den Weg ins Berufsleben zu suchen. Die Politik muss die heutigen Fehlanreize daher korrigieren, um dafür zu sorgen, dass sich die Jugend bei der Berufswahl auf das Berufsbild und die Chancen auf dem Arbeitsmarkt konzentriert und das Wissen erwirbt, das im betrieblichen Alltag gefragt ist. Damit könnte auch dem viel diskutierten Fachkräftemangel entgegengewirkt werden.

Die heute noch tiefe Jugendarbeitslosigkeit und die starke Innovationskraft der Schweiz sind das Resultat einer vorausschauenden Politik. Damit dies so bleibt, sind die Weichen nun entsprechend zu stellen, gerade im Kanton Bern, wo Impulse zu Gunsten von Gewerbe und Wirtschaft dringend notwendig sind, wenn sich der Kanton entwickeln soll.

Verteiler

- Erziehungsdirektion
- Grosser Rat